

Aleemann, Ulrich von, Martin Morlok und Tim Spier (Hrsg.). *Parteien ohne Mitglieder?* Baden-Baden. Nomos 2013. 330 Seiten. 64,00 €.

Es ist ein Jammer, dass Tagungsbände oft mit starker Zeitverzögerung erscheinen. So verhält es sich auch mit dem Band, der die Beiträge einer Veranstaltung des Düsseldorfer Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung dokumentiert, der erst nach vier Jahren auf den Markt gekommen ist. Anlass und Grundlage waren die ersten Resultate der deutschen Parteimitgliederstudie, die Tim Spier und Markus Klein referieren. 17.000 Mitglied der Bundestagsparteien wurden darin ange schrieben, über die Hälfte hat sich dann tatsächlich beteiligt. Hinzu kamen 800 telefonische Interviews mit unterschiedlichen Gruppen (Parteimitglieder, ehemalige Mitglieder, dauerhaft Parteilose). Mit dieser Erhebung schließen beide an eine Untersuchung der Universität Potsdam von Ende der 1990er Jahre an, woran Wilhelm Bürklin erinnert.

Spektakuläre Ergebnisse sind indes ausgeblieben. Am meisten beeindruckte Klein und Spier noch, dass die Beitragspflicht der Mitglieder kein Hinderrungsgrund für die Mitgliedschaft zu sein scheint. Auch konstatieren sie, dass die Treue zur Partei mit dem Interesse einhergeht, sich mit Kommunalpolitik zu beschäftigen. In An betracht von deren Dominanz bei den Sitzungen ihrer Ortsverbände mag das sicherlich kein sonderlich überraschender Befund sein, schließlich verbleibt wohl nur der in der Partei, der die damit verbundenen Fragen aushält, ungeachtet seiner ursprünglichen Beitrittsmotivation.

Bezieht man Oskar Niedermayers routinierten Beitrag mit ein, bewegt sich alles ein wenig im Bereich dessen, was man wusste, vermutete oder schon deskriptiv beschrieben hat. Das mindert nicht den Wert der empirischen Leistung von Spier und Klein, die mit dieser Arbeit quantitative Grundlagen für zahlreich weitere Ausarbeitungen geliefert haben. Wenn man aber den ganzen Tagungsbund betrachtet, sind die eigentlichen Ergebnisse dieser Studie jedoch fast zu einer Nebengröße geworden. Das gilt letztlich auch für die Beiträge, die den fast schon obligaten internationalen Vergleich abdecken, der mit Großbritannien, Italien und Dänemark sehr westeuropazentriert ist. Es ist dann eher die andere Hälfte des Bandes, die auf einige interessante Aspekte hinweist, derer sich die Parteienforschung wohl stärker annehmen sollte. Hervorzuheben sind dabei vor allem die Beiträge von Elmar Wiesendahl und Uwe Volkmann. Wiesendahl verweist darauf, dass im Längsschnitt die grundlegende Bereitschaft, Mitglied einer Partei zu werden, nicht zurückgegangen ist. Dennoch vermelden die Parteien rückläufige Mitgliederzahlen. Für die „Rekrutierungslücke“ (90) referiert er eingehend die zahlreichen Diagnosen, die verschiedentlich und seit langem debattiert werden. Er verortet die Lösungskompetenz bei den Parteien, denen aber „Mittel und Ideen [fehlen], wie sie diese Interessierten ansprechen und für einen Beitritt gewinnen könnten“ (123).

Der Jurist Volkmann beschäftigt sich unterdessen damit, was daraus für die repräsentative Demokratie folgt. Er arbeitet dabei heraus, dass sich das Verfassungsgericht frühzeitig auf einen Demokratiebegriff festgelegt hat, der auf Interessenausgleich abstellt und der

Demokratie letztlich als Deliberation begreift. Wegen ihrer gegenwärtigen Mitgliederstruktur fällt es den Parteien aber zunehmend schwer, diese Aufgabe angemessen zu erfüllen. Für das Recht ergibt sich daraus ein Dilemma. Es kann den Parteien letztlich nicht vorschreiben, wie diese ihre Aufgaben erfüllen. Zugleich muss die Rechts- und Werteordnung aber ein Interesse am Erhalt der Funktionsfähigkeit der Parteien haben. Bezieht man *Wiesendahls* Argumente ein, führt die Reformunfähigkeit der Parteien dazu, dass die repräsentative Demokratie als solche gefährdet wird.

An diesen beiden Beiträgen entzündete sich eine sehr muntere und im Band dokumentierte Diskussion. In Verbindung mit dem vierten Panel, an dem Funktionsträgern aus Parteiorganisationen mitdiskutieren, zeigen sich aufschlussreiche Mängel der Parteienforschung. Weder gelingt es ihr zur Zeit, ein treffendes Idealbild ihres Forschungsobjekts zu skizzieren, noch scheinen die bisherigen Vorschläge für Parteireformen bislang substanzell Wirkung gezeigt haben. Das aber ist nun aber ausdrücklich nicht auf die mangelnde Reformbereitschaft der Parteien zurückzuführen.

*Ulrich von Alemanns* Intervention verdeutlicht, dass einiges nicht stimmig ist an den wieder und wieder vorgeschlagenen Lösungsinstrumentarien. In den 1970er Jahren, die die unbestrittene Hochphase der deutschen Parteidemokratie darstellen, wurde gerade das, was heute an Beteiligung, an innerer Konflikt- und Diskursbereitschaft, ja auch an aufsuchenden Politikangeboten eingefordert wird, nämlich gerade nicht betrieben. Demgegenüber ist, so konstatieren die Praktiker von Parteireformen wie SPD-Abteilungsleiter

Jürgen Hitzges oder KAS-Forscherin Viola Neu, vieles von dem, was immer an Reformen eingefordert wird, längst Praxis der Parteiarbeit. Die Parteiforschung scheint sich somit darauf zu beschränken, die Mängel der Parteien zu beschreiben, kann aber an Lösungsvorschlägen wenig Neues für den ansatzweise interessierten Wissenschaftler, Politikmanager oder auch Journalisten liefern. Die normativ gefestigte Annahme, dass mehr Partizipation das Mittel der Wahl ist, hat sich jedenfalls bislang nicht bestätigt, ja sie muss möglicherweise sogar verworfen werden. Schließlich hat sich allen Parteireformen zum Trotz die Krise der Parteien weiter verschärft.

Es scheint also an der Zeit zu sein, die Parteienkritik vom Kopf auf die Füße zu stellen. Auch der von *Klein* und *Spier* hervorgehobene Punkt mit den Mitgliedsbeiträgen deutet daraufhin. Die ganz klassischen Pflichten und Rechte, die aus einer Mitgliedschaft erwachsen, sind ungebrochen attraktiv und weniger das, was Parteileben dann tatsächlich ausmacht. Demnach sind all die Versuche, offene Vorwahlen abzuhalten, Schnuppermitgliedschaften anzubieten oder sich für Außenstehende bewusst zu öffnen, vielleicht sogar kontraproduktiv. Möglicherweise ist die Art, wie Parteien an sich funktionieren, gar nicht mal so verkehrt. Allerdings – und hier wäre man bei dem Punkt der kommunalpolitischen Dominanz – scheinen die Parteien sich zu sehr in der ebenenspezifischen Aufgabenverteilung zu verheddern. Vielleicht sollten die Parteien dazu übergehen, sich an Themen abzuarbeiten und die Sorge um Zuständigkeiten oder ähnlichen Fallstricken des Mehrebenen-Föderalismus einmal auszublenden. Anders formuliert, mehr Policy und

weniger Politics scheint die Antwort auf die unbestreitbare Krise des Parteiensystems zu sein. In diesem Sinne wäre es lohnenswert, die Debatte fortzuführen.

Stephan Klecha

Kruck, Andreas. *Private Ratings, Public Regulations. Credit Rating Agencies and Global Financial Governance.* Basingstoke. Palgrave/Macmillan 2011. 204 S. 100,00 \$.

Das Wirken von Rating-Agenturen ist vor dem Hintergrund der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Anstoß für Empörung und Kritik. Ihre politikwissenschaftliche Aufarbeitung steht allerdings erst am Anfang. Andreas Kruck leistet mit seinem bereits 2011 veröffentlichten Buch einen wichtigen Beitrag zur Klärung der Frage, warum Staaten überhaupt auf die Dienstleistungen von Rating-Agenturen zurückgreifen (9). Dabei vermeidet er es, in das Muster einseitiger Schuldzuweisungen zu verfallen. Verdeutlicht wird, dass die Stellung von Rating-Agenturen durch politische Entscheidungen bewusst hervorgebracht wurde (11). Obwohl der Autor keine Diskussion der Strukturbedingungen des Finanzmarktkapitalismus vornimmt, erfüllt das Buch insgesamt seine im Titel anklingende Fragestellung klar und präzise. Private Rating-Agenturen sind Zulieferer einer Politik, die sich auf Ratings stützt und dadurch eine neue Form der Arbeitsteilung etabliert hat. Als Teil der Reihe *Transformation des Staates*, eines Sonderforschungsberichts der Universitäten Bremen und Oldenburg, fügt sich die Arbeit in die Governance-Literatur und Vergleichende Politische Ökonomie ein (12f.). An-

spruch und Durchführung machen das theoriegeleitete Buch eher für fortgeschrittene Studierende und Wissenschaftler interessant.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel, wobei die Beschreibung des Gegenstands (Kapitel 2) allein ein gutes Drittel des knappen Umfangs ausmacht (19-79) und sehr erschöpfend ausfällt. Es wird die historische Entwicklung von Rating-Agenturen, ihre innere Organisation, Einbettung in die Finanzmarktregelierung und der Bewertungsmechanismus dargestellt. Kruck hält fest, dass der Markt für Ratings oligopolistisch ist – gut 95 Prozent aller Bewertungen entfallen auf Analysen der Häuser „Moody's“, „Standard&Poor's“ und „Fitch“ (30). Ihre Reichweite ist global, (41) ihre Güteprüfung zwingend. Bereits die Ankündigung der möglichen Abwertung eines Schuldtitels wirkt verhaltenssteuernd: „Even states might thus consider changing their behavior to suit the preferences of credit rating agencies [...].“ (65). Ratings sind soziale Konstruktionen, die von den Finanzmarktakteuren geglaubt werden müssen (61). Diese Rolle verleiht politische Macht. Doch diese Rolle kommt nicht von ungefähr, sondern ist im Lauf der Zeit durch Aufgabendelegation auf die Agenturen übertragen worden (66ff.). Der Autor will diese Delegation durch Theoriensynthese in den Kapitel drei bis fünf (80-155) aufarbeiten. Aus der Prinzipal-Agent-Theorie leitet er Verhaltenserwartungen und Kontrollprobleme bei der Vergabe öffentlicher Aufgaben an Private ab. Regierungen übertragen Aufgaben nur dann, wenn sie sich dazu nicht imstande sehen und der Gewinn an Handlungskapazität den erwarteten Verlust durch Delegation überwiegt (82-85). Dies erscheint widersprüchlich, doch die Einbindung